

## **Netzausbau: Gesetzesänderung für mehr Windstrom**

Berlin – Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung per Gesetz eine ungehinderte Stromproduktion aus Windenergie regeln.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will in Kürze hierzu einen neuen Gesetzentwurf erarbeiten. „Es wird höchste Zeit, dass Eon, Vattenfall und Co. ihre Stromnetze ausbauen“, so Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE). Den Windmüller in Schleswig-Holstein etwa wären durch Netzengpässe und Abschaltungen ein Schaden in Millionenhöhe entstanden und der Umwelt und den Verbrauchern zig Millionen CO<sub>2</sub>-frei hergestellter Kilowattstunden Strom entgangen.

Es ist nun zu klären, wie man den Netzausbau am schnellsten vorantreibt, und welche Möglichkeit für Erzeuger, Umwelt, Bevölkerung und Verbraucher die beste ist, so Ahmels weiter. Die Windenergieanlagenbetreiber könnten ein leistungsfähiges Stromnetz aber auch selbst bauen. Der Betrieb würde den Verbraucher nach Ansicht des BWE-Präsidenten wesentlich günstiger kommen als das seiner Meinung nach überhöhte Netzentgelt der Energieversorger. Die Probleme und aufwendigen Genehmigungsverfahren für neue Stromleitungen seien „hausgemacht“: Statt auf kostengünstige und schnell zu verlegende Erdkabel setze z.B. E.on beim Netzausbau mit Absicht auf Freileitungen, so Ahmels. Er sieht in den Verzögerungen eine künstliche Netzblockade gegen Strom aus Windkraftanlagen.

<http://www.iwr.de/wind/archiv/06/06/1603.html>

## **Bundesregierung macht Dampf beim Netzausbau / Gesetzesänderung für mehr Windstrom / Windmüller wollen eigenes Stromnetz**

[Bundesverband WindEnergie e.V. \(BWE\), Bundesgeschäftsstelle](#)

(Verbandspresse, 16.06.2006 09:15)

(Osnabrück) – Immer öfter schalteten Netzbetreiber wie Eon in den vergangenen Jahren Windkraftanlagen unter dem Vorwand ab, dass das Stromnetz angeblich überlastet wäre.

Damit soll nun in Kürze Schluss sein: **Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung per Gesetz eine ungehinderte Stromproduktion aus Windenergie regeln.**

**Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will in Kürze hierzu einen neuen Gesetzentwurf erarbeiten.** Dies hat das Kabinett gestern beschlossen. Peter Ahmels, Präsident des

Bundesverbands Windenergie: „Es wird höchste Zeit, dass Eon, Vattenfall und Co. ihre Stromnetze ausbauen. Den Windmüller in Schleswig-Holstein etwa entstand durch angebliche Netzengpässe ein Schaden in Millionenhöhe und Umwelt und Verbraucher entgingen zig Millionen CO<sub>2</sub>-frei hergestellter Kilowattstunden Strom.“

„Windindustrie, Gesetzgeber und Regierung werden nun diskutieren müssen, wie man den Netzausbau am schnellsten vorantreibt, und welche Möglichkeit für Erzeuger, Umwelt, Bevölkerung und Verbraucher die beste ist. Ein schneller Netzausbau ist das Wichtigste. Die Windenergieanlagenbetreiber können ein leistungsfähiges Stromnetz auch selbst bauen. Der Betrieb würde den Verbraucher wesentlich günstiger kommen als das überhöhte Netzentgelt der Energieversorger“, so BWE-Präsident Ahmels: „Die Initiative des Bundesumweltministers muss den Netzbetreibern ordentlich Dampf machen. Denn triftige Gründe für das Erzeugungsmanagement Eons gibt es nicht.“ Mehrere Studien unabhängiger Institute hatten belegt, dass das Stromnetz auch an stürmischen Tagen nicht voll ausgelastet ist: Denn starker Wind bringt nicht nur mehr Strom ins Netz, sondern kühlt dann auch die wärmer werdenden Stromleitungen. Auch die angeblichen Probleme und aufwändigen Genehmigungsverfahren für neue Stromleitungen sind von Eon hausgemacht: Statt auf kostengünstige und schnell zu verlegende Erdkabel setzt Eon mit Absicht auf Freileitungen beim Netzausbau, die allein schon wegen massiver Bürgerproteste langwierige Gerichtsverfahren nach sich ziehen. Ahmels: „So kann Eon die Zeit bis zur Fertigstellung einer neuen Stromleitung auf bis zu 15 Jahre strecken. Ein Erdkabel ist hingegen in zwei Jahren betriebsbereit.“ Mehrere Windparkbetreiber in Schleswig-Holstein haben bereits Schadenersatzklagen gegen Eon beim Landgericht Itzehoe eingereicht, um Eon einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Der Netzbetreiber ist laut Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schon heute zum „unverzöglichen Ausbau“ verpflichtet, falls es im Stromnetz zu eng wird. Doch den überfälligen Netzausbau hatte Eon in Schleswig-Holstein immer weiter verzögert. Auch in anderen Bundesländern verhalten sich die jeweiligen Netzbetreiber ähnlich. Ahmels: „Die Strategie der Netzbetreiber ist durchsichtig: Wenn die Netzkapazität klein bleibt, bleibt auch die Konkurrenz der Windkraftanlagen-Betreiber klein.“ Die Netzblockade – von Eon beschönigend „Erzeugungsmanagement“ genannt – drosselt nicht nur die Windstrom-Erzeugung, sondern droht auch Investitionen in neue Windkraftanlagen in Milliardenhöhe zu verhindern. Ahmels: „Das Investitionspotenzial der Windenergie in Norddeutschland inklusive Nord- und Ostsee liegt in den nächsten 15 Jahren bei über 50 Milliarden Euro. 2020 kann die Windkraft über 20 Prozent der deutschen Stromversorgung sichern. Klar, dass Eon die drohenden Umsatzverluste mit seinem begrenzten Stromnetz blockieren möchte.“

Quelle/Kontaktadresse:

Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE), Bundesgeschäftsstelle

Matthias Hochstätter, Pressesprecher

Herrenteichsstr. 1, 49074 Osnabrück

Telefon: (0541) 350600, Telefax: (0541) 3506030

Internet: <http://www.wind-energie.de>

<http://www.verbaende.com/News.php4?m=39044>

## Bleibt Windkraft beim Netzausbau draußen vor?

**Berlin – In Berlin wird an einem Gesetz gefeilt, das unter anderem den Ausbau des Stromnetzes beschleunigen soll. Kritiker fordern Nachbesserungen, damit auch die Windenergie im Norden profitiert. Ausgang ungewiss. Die Brisanz für die Windbranche im Norden erschließt sich nicht auf den ersten Blick.**

Doch hinter dem Wortungetüm "Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz" verbirgt sich nach Auffassung von Kritikern so etwas wie eine Schicksalsentscheidung über die Zukunft der Windkraft in Schleswig-Holstein. Das Gesetz soll die Planungsverfahren für Straßen oder den Ausbau des Stromleitungsnetzes beschleunigen und Klagemöglichkeiten einschränken.

In einem Entwurf der Bundesregierung ist unter anderem eine so genannte "Erdkabelpassage" vorgesehen, die den Ausbau von 220- und 380-Kilovolt-Erdkabeln zum Ausbau des Stromnetzes vorsieht.

Das Problem:

Um die Windkraft-Strommengen aus dem Norden ins Stromnetz einzuspeisen, wird künftig ein Ausbau des Leitungsnetzes notwendig sein, allerdings durch wesentlich schwächere 110-Kilovolt-Trassen. Die sind jedoch von der "Erdkabelpassage" nicht erfasst. Deshalb bliebe für einen zügigen Ausbau faktisch nur die Variante Freileitung. Weil aber alle in Frage kommenden Gemeinden auf der Trasse eine Freileitung ablehnen, ist eine Klageflut programmiert, die das Vorhaben auf unabsehbare Zeit blockieren würde – und damit den Ausbau der Windenergie.

Genau darauf spekuliere der Stromriese E.ON, meint die ostholsteinische SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn. E.ON plant zwar drei Trassen im Norden – aber ausschließlich als Freileitung. Hagedorn warnt vor einem schweren wirtschaftlichen Schaden für das Land, falls das Gesetz nicht geändert wird und damit die teurere, aber durchsetzbare Alternative Erdkabel wieder ins Spiel kommt: "Als Überlandleitung werden die Trassen in den nächsten sechs bis acht Jahren kaum durchzusetzen sein. Das bedeutet Abschaltungen von Windkraftanlagen, enorme Einnahmeausfälle bei Windmüllern sowie Gewerbesteuererbußen bei den Standortgemeinden und einen Investitionsstopp." Die Abgeordnete fordert eine verpflichtende Erdkabelpassage im Beschleunigungsgesetz.

Doch die Bundesregierung mauert. Das CSU-geführte Wirtschaftsministerium hat in erster Linie die Kosten im Blick. Doch eine Expertenanhörung im Mai hat ergeben, dass eine einhundert Kilometer lange Erdkabeltrasse den Strompreis für einen Dreipersonen-Haushalt im Monat durchschnittlich um drei Cent verteuern würde. Befürworter halten das für vertretbar.

Die Strombranche hat auf dem Energiegipfel 30 Milliarden Euro Investitionen für den Ausbau des Kraftwerkparks und des Leitungsnetzes bis 2012 angekündigt. Aus der Sicht des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Dietrich Austermann könnten allein für Schleswig-Holstein bis zu fünf Milliarden abfallen. Hagedorn ist skeptisch: "Diese Investitionen werden ohne Erdkabelpassage im Gesetz nicht getätigt werden können." Das Gesetz soll im Herbst ins Parlament eingebracht werden.

Bleibe also noch Zeit. Aber im Norden ist man sich nicht einig. Das CDU-geführte Kieler Wirtschaftsministerium findet den Gesetz-Entwurf "nicht hilfreich". Die Trassenführung müsse im Einzelfall geprüft werden, heißt es.

Der CDU-Abgeordnete Gero Storjohann, als Verkehrsexperte zuständig für das Beschleunigungsgesetz, zeigt sich skeptisch gegenüber der SPD-Initiative und rät zum Abwarten. Erst müssten Umwelt- und Wirtschaftsausschuss ihre Linie abstimmen. Vor allem will der Christdemokrat aber Strompreisverteuerungen vermeiden. Von Frank Lindscheid

<http://www.nordclick.de/news/archiv/?id=1893580>